

Erzgebirgischer Volksfreund

Tage- und Amtsblatt

für die Gerichtsämter Grünbain, Johannegeorgenstadt, Schwarzenberg und Wildenfels; sowie für die Stadträte Aue, Elterlein, Grünbain, Hartenstein, Johannegeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schwarzenberg, Wildenfels und Zwickau.

N^o 290. Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. **Mittwoch, den 14. December.** Internionsgebühren die gewöhnliche Correspondenz. 1864. Preis vierteljährlich 1^{fl} 1^{gr} — Inseraten-Annahme für die am Abend erscheinende Nummer die Vormittags 11 Uhr.

(6173—74)

Bekanntmachung,

den Mettengottesdienst betreffend.

Die unterzeichneten Behörden finden sich auch diesmal aus kirchenpolizeilichen Rücksichten veranlaßt, auf das der hiesigen Einwohnerschaft im vorigen Jahre bekannt gemachte Verbot des Mitführens noch nicht schulfähiger Kinder bei Gelegenheiten des am ersten Weihnachtstage hier stattfindenden Frühmettengottesdienstes hinzuweisen und darauf aufmerksam zu machen, daß ein Jeder den Seiten der Ortspolizeiorgane und sonstigen mit Instruction hierunter versehenen Personen zu ertheilenden speciellen Anordnungen, bei Vermeidung ernstlicher Einschreiten, unweigerlich Folge zu leisten hat.

Johannegeorgenstadt, am 9. December 1864.

Königliches Gerichtsamt und Stadtrath daselbst.

In Interims-Verwaltung: Claus. Schubert.

Tagesgeschichte.

Preussische Beschuldigungen und Ausfälle und eine sächsische ruhige und gegründete Antwort.

Daß nichtoffizielle und offizielle preussische Zeitungen seit Monaten unsere sächs. Regierung und unser Sachsen überhaupt in der unverantwortlichsten und übermüthigsten Weise behandeln, ist leider! nur allzubekannt. Ganz neuerdings hat die offizielle Berliner „Provinzial-Correspondenz“ wieder drei Artikel über die holsteinische Angelegenheit gebracht, in denen unser Sachsen auf die ungerechtfertigteste Weise verunglimpft wird. Das „Dresd. Journ.“ Nr. 288 bringt diese drei Artikel und eine eben so ruhige als gediegene und scharfstreffende Antwort darauf. Der Raum unseres Blattes reicht freilich nicht hin, diese drei Artikel nebst Entgegnung vollständig mitzutheilen; doch einen Auszug mitzutheilen, können wir uns nicht ver sagen.

Hier folgt er.

Die drei Artikel der Berliner „Provinzial-Correspondenz“ lauten im Auszuge:

I.

„Die sächsischen und hannoverschen Truppen verlassen Holstein und Lauenburg: wenige Tage haben genügt, um den unberechtigten Widerstand gegen Preußens eben so wohlbegründete, wie entschiedene Forderung zu beseitigen. Die deutschen Mittelstaaten, Sachsen voran, hatten seit längerer Zeit Alles so vorzubereiten und zu leiten gedacht, daß nach erfolgtem Friedensschlusse die Truppen des Deutschen Bundes neben denen von Preußen und Oesterreich in Holstein verblieben, um namens des Bundes einen weitem unmittelbaren Einfluß auf die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zu behalten. Augenscheinlich war es dabei vornehmlich auf eine Pähmung des wohlverdienten und rechtmäßigen Einflusses Preußens in den Herzogthümern abgesehen; hierzu hofften die mittelstaatlichen Regierungen die Unterstützung Oesterreichs gewinnen zu können. Doch Oesterreich ging mit Preußen

In der Sitzung vom 5. ist der Antrag Preußens und Oesterreichs mit einer Mehrheit von 9 gegen 6 Stimmen angenommen worden. Sachsen hat sich demzufolge ohne Weiteres zur Abberufung seiner Truppen und seines Commissars bequemt. Die sächsische Regierung hatte vorher, wie es scheint, ernste Rüstungen zum tatsächlichen Widerstand gemacht, alle ihre Truppen einberufen und die Kassen auf die Festung „Königstein“ gebracht. Als diese Nachricht zuerst eintraf, hielt man dieselbe für einen Zeitungsscherz, weil von gleichen Maßregeln in andern deutschen Staaten nicht die Rede war und Niemand glauben wollte, daß Sachsen allein etwa daran denke, einen Kampf gegen Preußen aufzunehmen. Und doch scheinen jene Angaben wahr zu sein: ein neues Zeichen, wie sehr der jetzige erste Minister in Sachsen, Herr v. Beust, die Stellung und Bedeutung seines Landes und das Gewicht seiner Entschlüsse überschätzt. Derselbe hatte sich von vorn herein darin verrecknet, daß er gehofft hatte, Oesterreich für seine Pläne gegen Preußen zu gewinnen.

II.

„Infolge des Bundesbeschlusses vom 5. d. M. ist nunmehr rasch eine neue Regelung der Verhältnisse in Holstein eingetreten. Der sächsische General v. Hake hat alsbald den Befehl zum Rückzug der Bundestruppen erhalten. Die sächsischen Truppen werden, wie man hört, nicht auf dem nächsten Wege über Preußen, sondern auf einem weiten Umwege über Hannover, Kurhessen und Bayern nach Sachsen zurückkehren. Sachsen scheint Preußen gegenüber kein gutes Gewissen zu haben: seine Truppen würden jedoch in Preußen gewiß mit aller Rücksicht empfangen worden sein. . . . Die Bundescommissare haben schließlich noch ein trübes Andenken in Holstein hinterlassen, indem sie noch in letzter Stunde gegen den Willen der dortigen Landesregierung, welche deshalb ihre Entlassung erbeten und erhalten hat, eine Summe von nahezu einer Million Mark aus den holsteinischen Kassen für den Bund abgeführt haben, Preußen und Oesterreich werden darüber unzweifelhaft Rechenschaft fordern.“

III.

„Nachdem nunmehr die Anstände beseitigt sind, welche den Verhandlungen über die endgiltige Regelung der künftigen Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg entgegenstanden, werden Preußen und Oesterreich diese Verhandlungen sowohl unter einander, wie auch mit allen Denjenigen, welche dabei Rechte und Ansprüche geltend machen können, zugleich unter Wahrung der Rechte des Deutschen Bundes, insoweit dieselben anzuerkennen sind, unverzüglich aufnehmen.“

Soweit die preussischen Ausfälle und Beschuldigungen.

Darauf entgegnet das „Dresdner Journal“ in der Hauptsache Folgendes:

Von den vorstehenden drei Artikeln der officiösen „Provinzial-Correspondenz“ können wir den letzten für heute unbesprochen lassen. Er genießt wenigstens den Vorzug, die Lage so darzustellen, wie sie ist, und die in Aussicht zu stellen, was man ungefähr zu erwarten hat. Die Versuche dagegen, welche das genannte Organ in den beiden ersten Artikeln auf dem Gebiete der Wahrheitsthebe anstellt, dürfen als weniger gelungen bezeichnet werden. Der Eingang der Nr. I. ergeht sich in der Schilderung einer mittelstaatlichen Campagne, unternommen zu dem Zwecke, um „namens des Bundes einen weitem unmittelbaren Einfluß auf eine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage zu behalten“. Wir, die wir die Wahrheit lieben, fühlen uns gedrungen, dieses ganze Aufzählen für unbegründet zu erklären, und wir sind aufrichtig genug, hinzuzufügen, daß wir tief bedauern, dieß thun zu müssen.

„Auf eine „Pähmung des wohlverdienten und rechtmäßigen Einflusses Preußens in den Herzogthümern“ hat es keine Regierung der Mittelstaaten abgesehen, aber einem unberechtigten Einflusse in den Herzogthümern entgegenzutreten, wird auch ferner der Gedanke aller mittelstaatlichen Regierungen sein.“

Was die sächsischen „ernsten Rüstungen“ betrifft, so ist es wahr, daß in andern deutschen (Mittel-) Staaten davon keine Rede ist; allein die „P.C.“ darf nur ihre eignen frühern Artikel und die ihrer

läßt un-
nverreins
hochwisch-

rg.
nommen
mir zu
und aus-

n a d
und
öhere
egend

für jedes
eistbietend

von
regel-
auf

hneeberg.

ger

en äußerst

eine große
erschert bei
erg.

hrt von

112